

Stellungnahme der BI HFO Humanitäre Flüchtlingspolitik zur Beschlagnahmung des Regenbogenlandes

BI: „Nur Transparenz schafft Akzeptanz“

Obwohl die Kommunen vor 4 Jahren von der Landesregierung aufgerufen wurden, Vorkehrungen für den zu erwartenden Flüchtlingszuwachs zu treffen, fehlen in Olpe bis heute ausgereifte und nachhaltige Konzepte zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Zudem hat das Land den geforderten Notfallplan zur Flüchtlingsunterbringung nicht erstellt. Am 11.2.2015 wurde das Regenbogenland von der Bezirksregierung als Notunterkunft beschlagnahmt. Diese drastische Maßnahme stellt die Vertrauenswürdigkeit der Bezirksregierung als Vertragspartner für die von Bürgermeister Horst Müller gewünschte Zentrale Unterbringungseinheit (ZUE) mehr denn je in Frage. Ungeachtet dessen verfolgt die Stadtverwaltung ihre Pläne zur Errichtung einer ZUE weiter.

Die Beschlagnahmung des Regenbogenlandes durch die Bezirksregierung fiel zeitlich mit der geplanten Entscheidung des Stadtrates über den Erwerb des Regenbogenlandes zusammen. Diese Tatsache erzeugt Misstrauen, nicht nur in der Bürgerinitiative (BI).

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingsströme befürwortet die BI die Schaffung einer kurzfristigen Notunterkunft im Regenbogenland zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, lehnt jedoch dauerhaft genutzte Massenunterkünfte und die Einrichtung einer ZUE in Olpe ab. Wir fordern, dass für die aktuelle Notsituation weitere Standorte geprüft werden, um Maximal- und Überbelegungen in Olpe zu verhindern. Die Ziele der BI, ein tragfähiges Konzept zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in der Kommune Olpe zu erarbeiten und umzusetzen, werden wir mit Nachdruck weiterverfolgen. Beim Runden Tisch am 03.03.15 bringen wir dazu konkrete Vorschläge ein.

Informationspolitik inakzeptabel

Völlig inakzeptabel ist die ungenügende Informationspolitik der Stadtverwaltung und Bezirksregierung zur Notunterkunft. Die Bezirksregierung Arnsberg entscheidet erst über den Kopf der Stadt Olpe hinweg und vernachlässigt es dann, die Olper Bürger über ihre Pläne zu informieren. Wir wollen die Menschen, die in Notsituationen sind, bei uns aufnehmen. Akzeptanz bei den Bürgern kann aber nur erreicht werden, wenn die Verantwortlichen die Bürger über ihre Pläne informieren, die Bevölkerung einbindet und demokratisch vorgehen. Bisher gab es KEINE Bürgerinformation von offizieller Seite. Sowohl Bürgermeister und Stadtverwaltung, die nach eigenen Aussagen „zur Zeit aus dem Verfahren raus sind“ - als auch Bezirksregierung schweigen.

Informationen zu den Rahmenbedingungen, zur Anzahl der erwarteten Flüchtlinge sowie zur Organisation hat die BI auf Eigeninitiative beim DRK vor Ort erfahren. An dieser Stelle möchten wir den Einsatz und das Engagement der vielen freiwilligen Helfer zur Einrichtung der Notunterkunft ausdrücklich loben. Respekt vor der Leistung, die sie in so kurzer Zeit erbracht haben! Es gibt jedoch noch zahlreiche offene Fragen zu Sicherheits-, Betreuungs-, Brandschutzkonzepten, zur Verweildauer der Bewohner, zur Dauer der Beschlagnahmung und zu den weiteren Plänen. Wir erwarten zeitnah umfassende Informationen von offizieller Seite und werden diese auch bei Regierungspräsident und Innenminister einfordern.

ZUE bleibt problematische Massenunterkunft

Die Vermutung liegt nahe, dass die Stadtverwaltung für die Umwandlung der jetzigen Notunterkunft in eine ZUE werben wird. Die aktuelle Notsituation hat jedoch nichts an der Tatsache geändert, dass die Stadt Olpe keine ZUE errichten muss. Vielmehr besteht die eigentliche Aufgabe der Stadt Olpe in der langfristigen kommunalen Unterbringung von wesentlich weniger Flüchtlingen als dies in einer ZUE der Fall wäre. Eine ZUE ist ein Massendurchgangslager mit 2m hoher Zaunanlage, die in der Regel 5-20 Jahre betrieben wird. Auch eine ZUE mit den besten Bedingungen bleibt eine Massenunterkunft mit all den

dazugehörenden Problemen. Wir haben als BI auf die zu erwartende Problematik hingewiesen und befürchten, dass die Stadt Olpe schon bald die Auswirkungen einer Massenunterkunft bemerken wird.

Nachhaltige Konzepte sind besser

In den letzten Monaten wurden durch die Arbeit der BI viele positive Ansätze für die menschenwürdige Unterbringung und Integration von Flüchtlingen entwickelt. Zahlreiche Bürger, Verbände, Politiker und Vertreter der Industrie haben sich für die Integration von Flüchtlingen und die Erarbeitung alternativer Konzepte ausgesprochen. Diese Ziele werden wir konsequent weiterverfolgen.

Konzepte mit dem Ziel Integration leisten nachhaltig Hilfe und verbessern deutlich die Lebensqualität der geflüchteten Menschen. Hier sollte die Flüchtlingspolitik der Stadt Olpe und nicht nur die der Bürgerinitiative ansetzen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Lebensumstände der Wohnungen für Asylbewerber im Lütringhauser- und Stachelauer Weg hinzuweisen. Dort einen angemessenen Wohnstandard durch tatkräftige Unterstützung zu erreichen, sollte ein nächstes Ziel für uns Olper Bürger sein.

In der aktuellen Notsituation muss den Menschen, die vorübergehend im Regenbogenland leben, selbstverständlich geholfen werden.

Die Bürgerinitiative wird am Donnerstag den **26.02.2015 um 19:30 Uhr** eine Mitgliederversammlung im Mehrgenerationen-haus des DRK Olpe, Löherweg, durchführen. Wer sich mit uns gemeinsam für die dauerhafte Unterbringung und Integration von Flüchtlingen einsetzen möchte, ist als Mitglied der BI herzlich Willkommen.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: hf-olpe.de